

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einführung	17
I. Fragestellung und Begriffsklärungen	17
1. Der Entwicklungsprozess des europäischen öffentlichen Rechts als Untersuchungsgegenstand	17
2. Anlage der Untersuchung	17
II. Ausgangsfeststellungen	19
1. Verfassungs- und Verwaltungsrecht als Gegenstände der Europäisierung	19
2. Unterschiedliche Ausprägungen der Einflussnahme Europas	20
3. Gründe für einen unterschiedlichen Entwicklungsverlauf	21
B. Untersuchung der neueren Rechtsentwicklungen in ausgewählten Mitgliedstaaten	25
I. Deutschland	25
1. Verfassungsrecht	25
a) Das Grundgesetz unter dem Einfluss der Europäischen Union	25
aa) Grundlagen	25
bb) Änderungen beim Auslieferungsrecht	26
cc) Änderungen beim Zugang von Frauen zur Bundeswehr	27
dd) Änderungen auf föderalem Gebiet	28
b) Das Verhältnis von BVerfG und EuGH	29
aa) Rücknahme der Prüfungskompetenz des BVerfG bei Sekundärrecht und gemeinschaftsrechtlich determinierten nationalen Rechtsakten	29
(1) Die Ausgangslage – Entwicklung der „Solange“-Rechtsprechung	29
(2) Entscheidung „Bananenmarktordnung“	30
(3) Entscheidung „Emissionsberechtigungen“	31
bb) Überprüfung der überschießenden Umsetzungsakte am Maßstab des Grundgesetzes	31
(1) Entscheidung „Europäischer Haftbefehl“	31
(2) Entscheidung „Vorratsdatenspeicherung“	32
(3) Tendenz zur Überimplementierung von Gemeinschaftsrechtsakten	35
c) Das Verhältnis von BVerfG und EGMR	36

aa)	Die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR in der deutschen Rechtsordnung	36
bb)	Die Bindungswirkung von EGMR-Urteilen in der jüngeren Rechtsprechung des BVerfG	36
(1)	Entscheidung „Görgülü“	37
(2)	„Caroline“- Entscheidung	39
(a)	Die Entscheidung des EGMR aus dem Jahr 2004	39
(b)	Umgang mit dem EGMR-Urteil	40
d)	Rechtsvergleichung in der Rechtsprechung des BVerfG	42
e)	Grenzen der weiteren Integration? – EU-Grundlagenverträge vor dem BVerfG	44
aa)	Der Vertrag über eine Verfassung für Europa	44
bb)	Der Vertrag von Lissabon	45
2.	Verwaltungsrecht	47
a)	Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts – Verwerfungskompetenz der Verwaltungsbehörden?	47
aa)	Der Fall „Doc Morris“	47
bb)	Bewertung einer Verwerfungskompetenz der Verwaltung aus gemeinschafts- und verfassungsrechtlicher Sicht	49
b)	Europäisierung des Allgemeinen Verwaltungsrechts/ Verwaltungsprozessrechts	50
aa)	Europäisierung des Konzepts des subjektiv-öffentlichen Rechts	51
bb)	Der Fall „Feinstaubbelastung“	52
c)	Europäisierung des besonderen Verwaltungsrechts – Der Trend zur Sicherheitsgesetzgebung	54
d)	Grenzen der gemeineuropäischen Rechtsentwicklung – am Beispiel der deutschen Gesetzgebung zum Embryonenschutz	56
aa)	Vergleich der deutschen, britischen und französischen Rechtslage zur Forschung an Embryonen und embryonalen Stammzellen	56
bb)	Haltung der EG zur Forschung an Embryonen und embryonalen Stammzellen	59
3.	Abschließende Bewertung	60
II.	Frankreich	60
1.	Die französische Verfassung	61
a)	Die Haltung der französischen Verfassung gegenüber dem Völker- und Europarecht	61
b)	Die Europäisierung der französischen Verfassung: Der Grundrechtsschutz gegen Parlamentsgesetze und die Rolle der Verfassungsgerichtsbarkeit nach der Verfassungsreform vom 23. Juli 2008	63
2.	Die französische Judikative	67
a)	Conseil constitutionnel	67
aa)	Der Fall „Loi pour la confiance dans l'économie numérique“ – Zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts	68

bb)	Der Fall „Loi relative à la bioéthique“ – Zur Letztentscheidungskompetenz	69
cc)	Bewertung der Rechtsprechungsentwicklung	70
b)	Conseil d'Etat	70
aa)	Einleitung	70
bb)	Die traditionelle restriktive Haltung des Conseil d'Etat	71
cc)	Aktuelle Entwicklungen	72
(1)	Der Fall „Société de Groot en Slot Allium“ – Zur Bindungswirkung von Vorabentscheidungen	73
(2)	Der Fall „Gardedieu“ – Zur Wirkung der EMRK	73
(3)	Der Fall „Arcelor“ – Zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts	74
(4)	Der Fall „Conseil national des barreaux“ – Zur Letztentscheidungskompetenz	76
dd)	Bewertung der Rechtsprechungsentwicklung	77
3.	Fazit und Ausblick	78
III.	Großbritannien	79
1.	Die Veränderungsbereitschaft des britischen Rechts	79
2.	Aufnahme allgemeiner Rechtsgrundsätze	80
a)	Trennbarkeit zwischen gemeinschaftsrechtlich überlagerten und rein nationalen Sachverhalten	80
b)	Bedeutung der Rechtspraxis	81
3.	Auslegungsmethoden britischer Gerichte	82
4.	Europäische Einflüsse auf den Grundrechtsschutz im britischen Recht	82
a)	Integration der EMRK in britisches Recht	82
b)	Mangelnde Aufnahme der Europäischen Grundrechtecharta in britisches Recht	82
c)	Geltung des <i>acquis communautaire</i> in Großbritannien	83
5.	Parlamentarische Souveränität	83
a)	Aufhebung früherer Gesetzgebungsakte	84
b)	Reichweite der Entscheidungsrelevanz des europäischen Rechts	84
6.	Einrichtung eines Supreme Court	85
7.	Ratifikation des Vertrags von Lissabon	85
8.	Abschließende Bewertung	86
IV.	Italien	87
1.	Vorlage des Verfassungsgerichts	87
2.	Rechtzeitige Umsetzung von Richtlinien	88
a)	Legge La Pergola und Legge Buttiglione	88
b)	Anpassungsmechanismen im italienischen Recht	88
3.	Rechtsschutz des Bürgers gegen Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung	89
a)	Abgrenzung zwischen subjektiven Rechten und berechtigten Interessen	89
b)	Einflüsse des Europarechts	89
aa)	Irrelevanz der Unterscheidung im Gemeinschaftsrecht	90

bb) Rechtsprechungsänderung	90
cc) Fazit	91
4. Abschließende Bewertung	91
V. Spanien	92
1. Europafreundlichkeit des spanischen Verfassungsgerichts	93
2. Vereinbarkeit des Verfassungsvertrags mit der spanischen Verfassung	93
a) Reichweite des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	93
b) Grundrechtecharta und spanische Verfassung	94
c) Fazit des Gerichts	94
3. Bericht des spanischen Staatsrats	95
4. Einfluss des Gemeinschaftsrechts auf das spanische Verwaltungsrecht	95
5. Abschließende Bewertung	96
VI. Mittel- und Osteuropa	97
1. Die erste Phase des Transformationsprozesses: Einführung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft	97
2. Die zweite Phase des Transformationsprozesses: Vorbereitung auf den EU-Beitritt	98
a) Rechtsangleichung als Beitrittsvoraussetzung	98
b) Europaklauseln in den Verfassungen	98
c) Anpassungsbedarf für Verwaltung und Justiz	99
d) Fazit	99
3. Die dritte Phase des Transformationsprozesses: Die Zeit seit dem EU-Beitritt	99
a) Ausgangslage	99
b) Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Anpassungsprozess	100
c) Grundeinstellung in den neuen Mitgliedstaaten	100
4. Die Haltung der Verfassungsgerichte Mittel- und Osteuropas zur europäischen Integration	101
a) Europafreundliche Einstellung der Verfassungsgerichte anhand von Beispielsfällen	101
aa) Das polnische Verfassungsgericht	101
bb) Das tschechische Verfassungsgericht	102
b) Mögliche zukünftige Rolle der Verfassungsgerichte	102
5. Fazit und Ausblick	103

C. Untersuchung der neueren Rechtsentwicklung auf der Ebene der EU/EG 105

I. Grundlagen	105
1. Sekundäres Gemeinschaftsrecht als Quelle europäischen öffentlichen Rechts	105
2. Richterrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze	106
3. Der <i>acquis communautaire</i> als Quelle gemeinsamen europäischen öffentlichen Rechts	107

II.	Der Beitrag der Vertragsreformen	108
1.	Allgemeine Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon	109
a)	Demokratische und rechtsstaatliche Strukturprinzipien der EU	109
b)	Europäischer Grundrechtsschutz	110
2.	Fortentwicklung des europäischen Verwaltungsrechts aufgrund des Vertrags von Lissabon	111
a)	Bedeutung und Problematik der Verwaltungsautonomie der Mitgliedstaaten	111
b)	Kleine Schritte zu größerer Einheitlichkeit beim Verwaltungsvollzug	112
c)	Verwaltungsmaximen und das Grundrecht auf eine gute Verwaltung (Art. 41 Grundrechtecharta)	112
III.	Der Beitrag der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte zur Entwicklung des europäischen öffentlichen Rechts	113
1.	Beispielsfälle aus der Rechtsprechung auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts	113
a)	Das Urteil Kadi u.a.	113
b)	Das Urteil Alrosa	117
2.	Der Beitrag der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte im Verhältnis zur Rechtsprechung des EGMR bei der Entwicklung eines europäischen öffentlichen Rechts	119
a)	Grundsätzlicher Einklang der Rechtsprechung des EuGH mit der Rechtsprechung des EGMR	119
b)	Divergenzen zwischen EuGH und EGMR bei Sanktionen im Wettbewerbsrecht	120
aa)	Anwendung der Grundsätze des Straf- und Strafverfahrensrechts auf die Geldbußenentscheidungen im EG-Wettbewerbsrecht	120
bb)	Anerkennung des Schutzes der Selbstbelastungsfreiheit im EG-Kartellrecht	121
c)	Die künftige Entwicklung	122
d)	Abschließende Bewertung	123
3.	Kritik im Hinblick auf die weitere Entwicklung des vom EuGH geschaffenen europäischen Richterrechts	124
a)	Die Mangold-Entscheidung	124
b)	Die Anwendung der „grundlegenden Prinzipien des Gemeinschaftsrechts“	128
c)	Die Reaktionen der Gemeinschaftsgerichte auf vorgebrachte wissenschaftliche Kritik	128
IV.	Fazit und Ausblick	130
D.	Schlussfolgerungen: Zukunftsaussichten für das europäische öffentliche Recht	133
	Literaturverzeichnis	139